

Auszug aus dem Beschlussprotokoll 64. Ratssitzung vom 18. Mai 2011

1328. 2011/45

Dringliches Postulat der Grüne-Fraktion vom 02.02.2011: Einführung der SwissDRG-Fallpauschalen, Moratorium zur Klärung offener Fragen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Namens der Grüne-Fraktion begründet Jürg Ammann (Grüne) das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1064/2011).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Andrea Hochreutener (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich als Eigentümerin und Betreiberin der Spitäler Triemli und Waid sich in Zusammenhang mit der Einführung von SwissDRG dafür einsetzen kann, dass an den Stadtspitälern möglichst flexible Übergangsregelungen zu Gunsten der PatientInnen und des Gesundheitspersonals umgesetzt werden können, bzw. nötigenfalls ein Moratorium zur Klärung offener Fragen unterstützt werden kann. Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass sich die Stadtspitäler ab dem ersten Tag aktiv an der Begleitforschung zur Einführung der Swiss DRG beteiligen. Ebenso ist der Abfederung der befürchteten negativen Folgen der Systemumstellung bei vor- und nachgelagerten medizinischen Leistungserbringern wie Hausärztinnen und Hausärzten, Pflegeinstitutionen, Spitex, Rehabilitation und Neurorehabilitation Rechnung zu tragen. beim Bund und bei der SwissDRG AG ein mindestens einjähriges Moratorium zur Klärung offener Fragen im Zusammenhang mit der Einführung der SwissDRG-Fallpauschalen erwirken kann. Sollte dies nicht möglich sein, wird der Stadtrat gebeten, sich vehement für eine möglichst flexible Übergangsregelung zu Gunsten der PatientInnen und des Gesundheitspersonals einzusetzen. Insbesondere geht es um die Abfederung der befürchteten negativen Folgen der Systemumstellung bei vor- und nachgelagerten medizinischen Leistungserbringern wie Hausärztinnen und Hausärzten, Pflegeinstitutionen, Spitex, Rehabilitation und Neurorehabilitation. Analog dazu soll die erforderliche Aus- und Weiterbildung des Medizin- und Pflegepersonals möglichst flexibel gehandhabt werden, um Härtefälle zu vermeiden.

Jürg Ammann (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 61 gegen 56 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2 / 2

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat